

Forum
für aktive
Gewaltfreiheit

Spinnrad



Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes · Österreichischer Zweig

- Schwerpunktthema:
Nationalstaaten und
Krieg
- Beiträge zu:
Katalonien, Kosovo,
Palästina u.v.m.
- Gewaltfreiheit in
Lateinamerika:
Mexiko

Titelbild: Lichtinstallation entlang
der früheren Grenze in Berlin zum
25. Jahrestag des Mauerfalls
November 2014

Nr. 4
Dezember 2014, € 3,-



Inhalt

EDITORIAL, IMPRESSUM	2
KATALONIEN: VON DER AUTONOMIE ZUR UNABHÄNGIGKEIT von <i>Martin Dechant</i>	3
DAS APRIL - ABKOMMEN - EIN SCHRITT ZUR NORMALISIERUNG ZWISCHEN BELGRAD UND PRISTINA? von <i>Andreas Ernst</i>	6
WARUM WIR INTERNATIONAL ANERKENNUNG FÜR DEN STAAT PALÄSTINA BRAUCHEN von <i>Mustafa Barghouti</i>	9
SCHWEDEN UND ENGLAND HABEN GESPROCHEN von <i>Miko Peled</i>	10
AUFWACHEN AUS DEM DÄMMERSCHLAF! ANMERKUNGEN ZU EINER UNERLEDIGTEN REVOLUTION von <i>Ruth Misselwitz</i>	12
PODIUMSDISKUSSION ZUM „ISLAMISCHEN STAAT“ von <i>Herbert Peherstorfer</i>	14
ÜBER DIE ZERSTÖRUNG KLEINBÄUERLICHEN LEBENS DURCH DEN BERGBAU Interview mit <i>Candice Carmargo</i> Teil II	15
MEXIKO: CHRONIK DER GEWALT UND DES WIDERSTANDS - MIT EINER REFLEXION AUS GEWALTFREIER PERSPEKTIVE UND EINER HANDLUNGSOPTION	16

Umschlagbild:

Quelle: flickr.com (cc) leonardaye (CC BY-2.0)

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;
Tel./Fax: 01/408 53 32; Email: office@versoehnungsbund.at
www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign: Monika Naskau

Layout: Lucia Hämmerle

Hersteller: AV+Astoria Druckzentrum GmbH,
Faradaygasse 6, 1030 Wien; **Verlagspostamt:** 1080 Wien

Bankverbindung: PSK, Kto.Nr. 92022553 (BLZ 60000);
BIC: OPSKATWW, IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

Preis der Einzelnummer: € 3,-

Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

Der IVB ist ein Zweig der internationalen gewaltfreien Bewegung International Fellowship of Reconciliation (IFOR). IFOR hat beratenden Status bei ECOSOC und UNESCO. IFOR umfasst ein Netzwerk von 80 Zweigen und Gruppen auf allen Kontinenten.
www.ifor.org

Liebe Leserinnen und Leser!

Die letzte Ausgabe des Spinnrads in diesem Jahr beschäftigt sich mit Themen rund um das Gebiet "Nationalstaaten und Krieg" und lenkt den Fokus auf diverse (Krisen-)Regionen, die sich mit Unabhängigkeit, Staatsbildung oder auch Wiedervereinigung konfrontiert sehen.

So nehmen wir euch zum Jahresende mit nach Katalonien (S.3) - Martin Dechant berichtet von den neuesten Entwicklungen in einer Region, die bis vor kurzem, im Vergleich etwa zum Baskenland, als eher gemäßigt galt. Weiter geht es in den seit Februar 2008 von Serbien unabhängigen Kosovo (S.6) bzw. nach Palästina, wo der Frage nachgegangen wird, wie die jüngsten Geschehnisse im Bereich internationaler Anerkennung Palästinas im Hinblick auf eine Zwei- bzw. Einstaatenlösung gedeutet werden können (S.9 und S.10). Zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands blickt die Friedensaktivistin Ruth Misselwitz für uns noch einmal zurück und teilt ihre „Anmerkungen zu einer unerledigten Revolution“ (S12).

Das Team des Versöhnungsbundes wünscht diesmal nicht nur eine spannende Lektüre der oben genannten sowie aller anderen Artikel in diesem Heft, sondern unseren Mitgliedern, Freundinnen und Freunden auch frohe Weihnachten und einen friedlichen Jahresausklang!

Lucia Hämmerle

In der Weihnachtszeit ist das Büro von
23. Dezember 2014 bis 6. Jänner 2015 geschlossen.

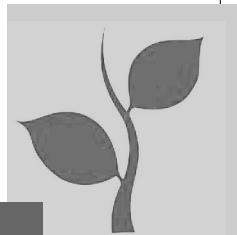
KOLUMBIEN: Solidaritätsreise 2015

Lateinamerika-Interessierte aufgepasst! Von 21. Februar bis 6. März 2015 findet wieder eine Solidaritätsreise nach Kolumbien statt, bei der auch die Friedensgemeinde San José de Apartadó besucht wird.

Näheres unter: <http://www.versoehnungsbund.at/kolumbien-delegationsreise-2015/>



Der Internationale Versöhnungsbund ist eine Vereinigung von Menschen, die sich aufgrund ihres religiösen Glaubens oder ihrer humanistischen Grundhaltung zur Gewaltfreiheit als Lebensweg und als Mittel persönlicher, sozialer und politischer Veränderung bekennen.



Katalonien: Von der Autonomie zur Unabhängigkeit?

von Martin Dechant

Alles fing 1714 an. Eigentlich sind die kinderlosen Habsburger schuld. Oder der Ausgang des spanischen Erbfolgekrieges.

Ich lernte Catalunya am 11. September 2004 kennen. Der 11. September ist der katalanische „Nationalfeiertag“. An jenem Tage im Jahre 1714 wurde Barcelona endgültig nach der Belagerung von den Bourbonentruppen eingenommen; der Widerstand gegen die neuen Herren in Spanien, die Bourbonen und deren Staatsidee, war gebrochen. Ihre Staatsidee war französisch und für damalige Verhältnisse das Modernste: der Zentralstaat. Fort waren die „Fueros“, die aus dem mittelalterlichen Lehenssystem stammenden regionalen Sonderrechte – eines davon der katalanische „Rat der 100“ (Consell de Cent) – eine Form adeliger „Demokratie“. Ich war etwas erstaunt: am Tag der Niederlage den Nationalfeiertag anzusetzen, das ist keine positive Formulierung für das, was Identität sein könnte.

An jenem 11. September 2004, vor Santa Maria del Mar, der von Ildefonso Falcones' Roman bekannten Kathedrale am Meer, versammelten sich bei der ewigen Flamme für die Gefallenen von 1714 hundert bis zweihundert Menschen, hauptsächlich junge Leute; unweit davon fanden sich die etwas Älteren ein, wie jedes Jahr, der harte Kern von etwa 1000 Personen, die zur Kundgebung bei der Zitadelle kamen.

Acht Jahre später, am 11. September 2012, schob sich eine Million Menschen über Gran Via und Passeig de Gracia, die Hauptachsen Barcelonas: Pensionist_innen, Kinder, Hausfrauen, Student_innen

und Angestellte. Eine Demo, die ganz friedlich ablief; aus allen Ecken Kataloniens war man ange-reist, gute Stimmung, lachende Gesichter.

Was war geschehen? Wie kann es sein, dass heute, 2014, niemand mehr vom Baskenland redet, wo z.B. 2004 Ereignisse in Katalonien international unbedeutend waren, und auf spanischer Ebene hauptsächlich im Hinblick auf mögliche „Vorbildwirkungen“ in Euskadi, dem Baskenland, beurteilt wurden? Heute haben sich Fokus und Dynamik völlig verschoben. Was also war geschehen?

Die Antwort ist und muss naturgemäß vielschichtig, unvollständig und nur teilweise richtig ausfallen. Ich bemühe mich hier um einen neutralen Standpunkt, sofern mir das möglich ist – „mittendrin gewesen seiend“.

Drei Faktoren: Autonomiestatut, Krise, Finanzautonomie

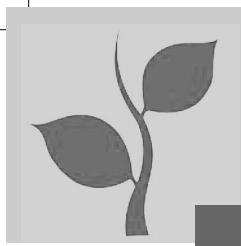
Neben einer endlosen Kette historischer Missverständnisse, Uneinig-keiten und wechselseitigen Vorurteilen möchte ich hier nur auf diese drei Faktoren eingehen, die so etwas wie eine Ereigniskette in jüngster Zeit bilden.

2006 diskutierten die Katalan_innen die Neuformulierung ihres Autonomiestatuts. Der Entwurf wurde in einem Referendum angenommen, vom Regionalparlament ratifiziert, der Zentralregierung vorgelegt und von dieser an das Verfassungsgericht weitergereicht. 2010 wurden von den Verfassungsrichter_innen 41 der 223 Artikel zurückgewiesen, die Sprachpolitik, Finanzautonomie, Zementierung

von Autonomierechten und Einfüh-rung eines katalanischen „Justizra-tes“ sowie Formulierungen in Rich-tung einer „katalanischen Nation“ betrafen: die Nation ist Spanien, die Nation ist unteilbar.

Da das Referendum mit 73% Zustimmung bei 48% Wahlbeteili-gung ausging, waren die Katalan_innen von dieser Ablehnung recht frustriert. Das gescheiterte Statut kostete den Sozialist_innen bei den Regionalwahlen postwendend die Mehrheit und brachte Artur Mas von der liberalkonservativen katala-nischen CiU an die Macht.

2008 kam die Krise, und binnen kürzester Zeit wurden die Folgen auf Spaniens und so auch Katalo-niens Straßen sichtbar und in jedem Haushalt fühlbar. Spaniens Fall in der Krise war besonders tief: der Scheinwohlstand durch die Immobilien- und Bau-Blase war plötzlich ausgeknipst, 25% Arbeits-losigkeit und 50% Jugendarbeitslo-sigkeit hieß in anderen Teilen Europas Blut auf den Strassen! Es gab einerseits die Occupy-Bewe-gung, andererseits in Katalonien auch die nationale Interpretation der Problemlösung. Wenig überra-schend wurde die nationale Inter-pretation umso stärker, je weniger deutlich Konsequenzen aus der Krise in Spanien gezogen wurden: in einer Notsituation haben einfa-che Erklärungs- und Schuldmodel-le die besseren Karten. Und es bewegte sich nicht genug um die Menschen auf bessere Gedanken zu bringen. Katalonien ist zusam-men mit dem Baskenland der Wirt-schaftsmotor Spaniens: die Haus-haltseinnahmen dort werden in den strukturschwachen Süden umver-teilt.



KATALONIEN

Nach dem gescheiterten Autonomie-Statut und angesichts der wirtschaftlichen Probleme versuchte Landeshauptmann Artur Mas mit Madrid eine erweiterte Finanzautonomie auszuhandeln. Andere Regionen (Baskenland, Navarra) besitzen 100% Finanzautonomie und führen nichts an den zentralen Haushalt ab. Die 2011 an die Regierung gekommene rechtskonservative Partido Popular unter Mariano Rajoy ließ sich auf keinerlei Gespräche mit Artur Mas ein, die Ablehnung war so kategorisch wie schon beim Autonomiestatut. Am 11.9.2012 kamen über eine Million Katalan_innen zur Nationalfeiertags-Demo in Barcelona, die „Estrellada“, die katalanische Flagge mit Stern auf blauem Dreieck, Symbol der einst in Minderheit befindlichen Separatist_innen, war allgegenwärtig.

Wendepolitik

Artur Mas erkennt: die Zeit ist reif für die Frage aller Fragen, und ER wird es sein, der sie stellt! Offiziell erklärt er das Scheitern seines Regierungsziels Finanzautonomie, seinen Rücktritt und schreibt vorzeitige Neuwahlen mit dem Versprechen einer *consulta*, einer Befragung über die Unabhängigkeit, aus. Artur Mas und seine Partei CiU machen damit einen fundamentalen Schwenk von Autonomie zu Unabhängigkeit, ein Schwenk, den die Katalan_innen ihm nicht abkaufen: statt seine Position zu stärken, geht er aus den Wahlen so geschwächt heraus, dass er mit der erdrutschartig gestärkten ERC – der klassischen Unabhängigkeitspartei Kataloniens – eine Koalition bilden muss. Das populistische Kalkül geht für Mas daneben, aber die Unabhängigkeitsbestrebung bekommt ungeheures Gewicht. Die Befragung ist nun unvermeidlich. Aus Madrid kommt von Mariano Rajoy, seiner Regierung und seiner Partei ein kategorisches „*no, no y*

no!“, ein solches Referendum oder Befragung oder was immer es auch ist, sei verfassungswidrig, und überhaupt müsse über eine solche Angelegenheit das ganze spanische Volk befragt werden und nicht nur die Katalan_innen, das ginge ja nun mal wirklich nicht.

Die Befragung wird vom Regionalparlament beschlossen, der Zentralregierung vorgelegt, sofort an das Verfassungstribunal weitergereicht und innerhalb von Stunden(!) als verfassungswidrig abgelehnt. Artur Mas modifiziert die Durchführung (er darf keine Regierungsgelder dafür ausgeben), 20.000 Freiwillige der Plattform ANC (assemblea nacional catalana) organisieren die Durchführung. Dann, am 9. November, die Befragung selbst mit zwei Fragen: „Wollen Sie, dass Katalonien ein Staat wird?“ und „Wollen Sie, dass dieser Staat unabhängig ist?“. 80% Ja-Ja bei 2.3 Mio abgegebenen Stimmen von ca 5.3 Millionen Wahlberechtigten. Die Befragung kann bei dieser Form der Durchführung natürlich nicht allen internationalen Standards entsprechen.

Ein viel gehörter Spruch im Vorfeld des Urnenganges war: „Wählen ist normal“ - was sagen will: Abstimmungsvorgänge sind ein normaler Teil des demokratischen Lebens; was ist verfassungswidrig an einer Abstimmung als Äußerung des Volkswillens? Und: Verfassungen können geändert werden und werden auch geändert – wenn der Wille dazu besteht.

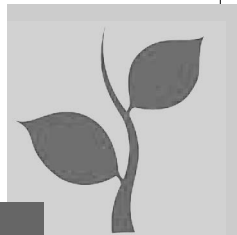
Nebenwidersprüche

Man könnte Bücher füllen mit den historischen, populär verwurzelten und sonstigen Missverständnissen und Zwißigkeiten zwischen Kastilien und Katalonien, viele teilweise fundiert und teilweise verständlich, aber halt nur „teilweise“: knapp vorbei ist eben auch daneben. Es handelt sich hier um einen Nebenwiderspruch (mit wichtigen Aspekten – Regionalkultur, Pluralität!), aber im Zentrum der Herausforderungen für die Halbinsel stehen eigentlich wirtschaftlicher Umbau, Umverteilung, Krise der Parteipolitik und damit einhergehend die Vergangenheitsbewältigung. Alle diese Themen sind tragisch miteinander verquickt.



Nationalfeiertag-Demo in Barcelona am 11. September 2012

Quelle: flickr.com (cc) Paco Rivière (CC BY-SA 2.0)



KATALONIEN

Der Postfrancismus reicht bis heute in die Demokratie hinein. Der Pakt des Schweigens und Stillhaltens zwischen den Großparteien, der anfangs den Übergang zur Demokratie überhaupt erst ermöglicht hat, zeigt 40 Jahre nach Francos Tod seine Nachteile. Stillhalten heißt einander kein Auge auszuhacken, Parteien, Finanz und Industriezweige (z.B. Bau & Immobilien) sind verfilzt, die Beweglichkeit, die in der Krise Manöver ermöglichen sollte, ist nicht vorhanden, und die Korruptions- und Steuerhinterziehungsskandale sind zahllos. All das mag uns nur allzu bekannt vorkommen, aber wir haben keine 25% Arbeitslosigkeit und dafür 30-50% höhere Einkommen. Hinzu kommt, dass in Spanien z.B. der international respektierte Baltasar Garçon seines Richteramtes enthoben wurde, weil er gewagt hat, Fälle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bürgerkriegs aufzurollen. Die Söhne und Ziehsöhne der damals Mächtigen sind auch heute noch mächtig. 40 Jahre sind noch nicht genug für den Generationenwechsel.

In Katalonien gibt es die Selbstwahrnehmung der „Ordentlichkeit“, tatsächlich aber ist dort der Parteienfilz wohl so sehr der gleiche, dass im Falle einer Unabhängigkeit zu befürchten wäre, dass sich nur die Adressat_innen der Umverteilung von unten nach oben ändern. „Die Gauner_innen sind eben gleichmäßig über das gesamte spanische Staatsgebiet verteilt“, sagte ein katalanischer Harvard-Professor.

Die öffentliche Diskussion über die Gestalt eines möglicherweise unabhängigen Katalonien findet auch kaum statt. Laiizistisch, Republik, Gottesstaat, ethnisch rein, Sozialstaat, Oligarchenherrschaft...? Die Lösung der Probleme wird nicht auf Seite 1 thematisiert, dort ist die Nationalflagge (auf beiden Seiten).

Hoffnungsträger

Und doch gibt es Grund zur Hoffnung. Auf dem Fundament der „Empörten“ (der Occupy-Bewegung) formiert sich eine neue politische Bewegung, „Podemos“ (dt: wir können – engl: yes we can). Diese neue Linkspartei errang bei der Wahl zum Europaparlament aus dem Nichts heraus fünf von 54 spanischen Sitzen, und zieht momentan bei Umfrageergebnissen gleich mit den beiden Großparteien PP und Partido Socialista Obrero Español (PSOE), nur 11 Monate nach ihrer Gründung. Das Besondere, was sie von Protestparteien à la Grillo unterscheidet ist, dass sie sich großteils aus Politolog_innen(!) von Universitätsrang zusammensetzt und nicht aus Kabarettist_innen. Die Partei versucht, die grundlegenden Fragen der Umverteilung und des Umbaus zu diskutieren, und schließt die Diskussion über die Fundamente Spaniens als Staatswesen nicht aus. Die Spitzenfiguren können sich eine demokratische Abstimmung über Kataloniens Zukunft vorstellen. Die Partei fußt also auf der Occupy-Bewegung, die eine Kultur der breiten Diskussionen aus der Bevölkerung über alle möglichen Themen mitbringt. Wenn so ein Diskussionsprozess ins Laufen kommt, der nicht von „Mächtigen“ gesteuert ist, sondern von einer „Basis“ ausgeht, und wenn sich in diesem Diskussionsprozess Regionen mit ihren Bedürfnissen nicht ausgeschlossen sehen, dann besteht durchaus Grund zur Hoffnung. Noch sind nur Leitlinien, Ziele, und noch kein Programm formuliert - man darf gespannt sein.

Eine Föderalismus-Diskussion wäre z. B. ein tatsächlicher Ausweg. Der Weg der „Autonomen Regionen“ scheint ein wenig verfahren. Die Autonomie, die die klassischen Regionen starker kultureller

Besonderheiten (Baskenland, Katalonien, Galizien) anstreben, wurde in ein „wenn schon, dann für alle!“ verordnet, wodurch Autonome Regionen entstanden sind, die das eigentlich nie sein wollten.

Es gibt auch andere Hoffnungselemente: z. B. organisiert die junge katalanische Zeitung ARA immer wieder Diskussionsrunden auf einem Niveau (und mit einer Vielschichtigkeit), denen man von Herzen ein breitestes Publikum wünschen kann. Es gibt sie, die Sachdiskussion. Sie braucht nur noch mehr Raum.

Eine der größten Hoffnungen in allem ist, dass Spanien eigentlich im besten Sinne noch ein sehr politisiertes Land ist. In der Zeitungslandschaft fehlt das Profil des „Kleinformaten“, des „Tabloid“ fast völlig. Egal welcher Richtung, besitzen die Artikel durchwegs Umfang und Niveau, die man sich hierzulande für Qualitätszeitungen wünschen könnte. Dasselbe gilt für viele (auch „private“) Radiosender, die zu sehr populärer Uhrzeit Diskussionsrunden veranstalten. Außerdem kann man mit fast jedem/r Spanier_in bei Kaffee oder einem Glas Wein eine interessierte Diskussion mit gesellschaftlichem/politischem Inhalt führen. „Gern reden“ ist natürlich noch nicht die Lösung, aber doch eine Voraussetzung!

Bis jetzt ist alles ohne Gewalt verlaufen; vielleicht ist die Erinnerung an Bürgerkrieg, Diktatur und vor allem die Zeit des Terrorismus so stark, dass eine gewaltsame Eskalation von beiden Seiten als Option nicht in Frage kommt.

Martin Dechant ist war 1993/94 im Friedensdienstprojekt in Pakrac/Kroatien tätig und lebt seit zehn Jahren in Barcelona und Graz.



Kosovo

Das April-Abkommen

– Ein Schritt zur Normalisierung zwischen Belgrad und Pristina?

von Andreas Ernst

Einführung

Was braucht es, um den Friedensnobelpreis zu gewinnen? Alfred Nobel war sehr präzise: Man muss „die Person sein, die die meiste oder beste Arbeit für die Verbrüderung zwischen Nationen“ getan hat. Zur Überraschung vieler waren es nicht nur die Vertreter_innen der albanischen und serbischen Lobbygruppen in den USA, sondern auch die Europäischen Sozialdemokrat_innen, die zum Schluss kamen, dass die EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton, der serbische Premierminister Ivica Dačić und sein kosovarischer Gegenstück Hashim Thaçi die Beschreibung Alfred Nobels erfüllt hatten. Ihre Errungenschaft: das Abkommen, das sie am 19. April [2013] in Brüssel unterzeichneten. Die amerikanischen Lobbyist_innen nennen es „einen Schlüssel und eine historische Wasserscheide“, die Sozialdemokrat_innen waren vorsichtiger, sie nannten es „ein Fenster der Gelegenheit“ für einen substantiellen Fortschritt zum Frieden.

Ich glaube letzteres ist näher an der Realität. Es gibt eine offensichtliche Tendenz zur Überschätzung der Errungenschaften und des Potentials des Abkommens, nicht nur bei denen, die sich selbst für seinen Abschluss loben, sondern auch bei professionellen Beobachter_innen. Ein langjähriger Balkankorrespondent einer großen deutschen Zeitung sagte mir neulich, dass es jetzt beendet sei und dass wir in zwei oder drei Jahren nicht mehr über die Kosovo-Frage reden würden. Mit dem April-Abkommen würde das Thema „einfach aus dem Gedächtnis schwinden“. Der folgende Text vertritt die Meinung, dass mein Kollege vielleicht zu

optimistisch ist. Ich werde zeigen, dass der Umgang mit Nord-Kosovo tatsächlich der Schlüssel zu einer Lösung ist. Gleichzeitig aber stellen die Vieldeutigkeit des Abkommens und der Mangel an breiter Unterstützung sowohl in den albanischen wie in den serbischen Gebieten Kosovos ernsthafte Risiken dar.

Prozess der Normalisierung?

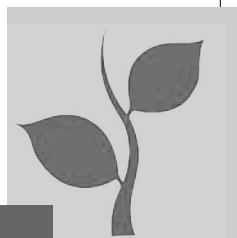
Der Prozess der Normalisierung durch Verhandlungen läuft schon mehrere Jahre und begann – erfolglos – mit einem von der EU unterstützten Dialog über sogenannte „technische Fragen“. Diese Verhandlungen konnten nicht erfolgreich sein, weil hinter den „technischen Formalitäten“ kaum verborgen die große Frage des umstrittenen Status des Kosovo stand. In dem Augenblick, als dieser Scheindialog auf eine höhere, explizit politische Ebene gehoben wurde, der die Premierminister einschloss und sich vorwiegend mit Nord-Kosovo beschäftigte, kamen die Dinge in Bewegung.

Warum ist Nord-Kosovo wesentlich? Seit dem Kriegsende im Juni 1999 war er ein aktiv umstrittenes Territorium und wurde zum Symbol eines eingefrorenen Konflikts. Über die Jahre entwickelte dieses Gebiet seinen eigenen Typ von Souveränität und Selbstkontrolle, die nicht von Pristina beeinflusst werden konnten – und zunehmend weniger von Belgrad. Weil der Kosovo-Konflikt im wesentlichen eine ethnisch-territoriale Auseinandersetzung ist, wurde klar, dass der de facto undefinierte Status des Nord-Kosovo nicht nur ein Stabilitätsrisiko, sondern auch eine Chance für einen Kompromiss ist. Wie sind die Hauptakteur_innen mit dieser

Chance umgegangen?

Werfen wir zunächst einen Blick auf das Ergebnis des Verhandlungsprozesses zum Nord-Kosovo. Das am 19. April in Brüssel geschlossene April-Abkommen ist ein zweiseitiges Papier mit 15 vage definierten Punkten. Sein Ziel ist erstens die Einbeziehung der vier nördlichsten Gemeinden mit serbischer Mehrheit in das Rechtssystem des Kosovo. Zweitens sieht es die Einrichtung einer Gemeinschaft von serbisch dominierten Gemeinden (Zajednica srpskih opština, ZSO) mit einem signifikanten Grad von Selbstregierung vor. Kurz gesagt: die formale Integration der serbischen Gemeinden ist mit ihrer faktischen Autonomie kombiniert. Um diese Gemeinschaft der Gemeinden zu schaffen, waren lokale Wahlen notwendig.

Um ein Abkommen zwischen Belgrad und Pristina in relativ kurzer Zeit zu erreichen, musste viel „konstruktive Zweideutigkeit“ in seine Formulierung gelegt werden. Die beiden Parteien haben eine sehr verschiedene Wahrnehmung davon, worüber sie sich einig geworden sind. Und in der Öffentlichkeit sind die Narrative von Belgrad und Pristina offensichtlich gegenteilig: Für Pristina bedeutet das Abkommen, dass die territoriale Integrität des Kosovo sicher gestellt wurde. Sogenannte „Parallelstrukturen“ werden abgeschafft und Nord-Kosovo und seine serbische Bevölkerung werden gemäß der kosovarischen Verfassung voll integriert. Belgrad liest das Abkommen anders: In seiner Sicht wird eine neue, ethnisch-serbische Institution geschaffen, die erstmals von Pristina und der EU anerkannt wird. Diese Institution, die Gemeinschaft



Kosovo

der Gemeinden oder ZSO, erlaubt es Belgrad, die serbische Bevölkerung in Kosovo zu schützen und zu beeinflussen. In den Worten eines Belgrader Offiziellen bringt das Abkommen „mehr Serbien in den Kosovo“. In Belgrad nennen sie die Gemeinschaft „eine Art Entität“ – in Pristina sprach Hashim Thaçi von einer „NGO“. Es entbehrt nicht der Ironie, dass Lady Ashton, die den Deal vermittelte, beiden Seiten dafür Applaus spendete, dass sie „eine gemeinsame Sprache“ gefunden hätten.

Was war die Motivation für die Zustimmung zu einem solch vagen Übereinkommen? Alle drei Parteien (Brüssel, Pristina und Belgrad) waren unter enormem Druck einen Erfolg zu präsentieren. Für Belgrad und Pristina war das Abkommen eine Vorbedingung für ihren nächsten Schritt der EU-Integration. Und in Serbien, Kosovo und der EU ist 2014 ein Wahljahr. Auch die neue EU-Kommission in Brüssel wird ihr Amt antreten. Bisher waren Lady Ashton's Bemühungen als „Außenministerin“ der EU nicht von vielen Erfolgen gekrönt. Ein als historisch betrachtetes Kosovo-Abkommen würde die mageren Erfolge anderswo klar übertünchen. In Serbien muss die Regierung mit einer sehr schlechten ökonomischen Situation umgehen und sollte ein harsches, unpopuläres Austeritätsprogramm umsetzen. Der angekündigte „Kampf gegen die Korruption“ hat bisher nur begrenzte Resultate gezeitigt. Der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen 2014 (v.a. dank des April-Abkommens) ist ein seltenes Zeichen der Hoffnung und des Erfolgs der Regierung. Dasselbe gilt für Kosovo. Die Legitimität seiner Regierung ist möglicher Weise sogar noch geringer als in Serbien (wie die Ergebnisse der Lokalwahlen nahe legen), und im September finden allgemeine Wahlen statt. Deshalb ist der Beginn von Verhandlungen über ein Stabilitäts-

und Assoziierungs-Abkommen im Oktober wichtig. Sie zeigen, dass Pristina vertragliche Beziehungen mit Brüssel unterhält, obwohl nicht alle EU-Mitglieder Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben. Die Geschwindigkeit und Dringlichkeit für ein Abkommen erklärt vielleicht die meisten Mängel des bisherigen Prozesses, und die Eile beim ersten Umsetzungsschritt – den Lokalwahlen – machte ihn ebenfalls problematisch.

An dieser Stelle zwei vorläufige Schlussfolgerungen:

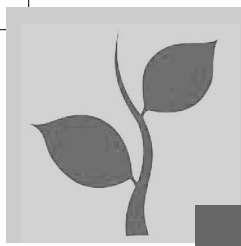
1. Das Abkommen muss als radikaler Prozess von oben nach unten durchgeführt werden, ohne jede Einbeziehung der Bevölkerung. 14 Jahre lang sind die Serb_innen im Norden im Widerstand mit allen Mitteln gegen den kosovarischen Staat von Belgrad unterstützt worden. Sie wurden als Patriot_innen geehrt und als „piece de resistance“ (Rückgrat) eines „serbischen Kosovo“ gefeiert. Dann wurde in weniger als sieben Monaten alles anders. Sie wurden von Belgrad angehalten an von Pristina organisierten Wahlen teilzunehmen und einige serbische Institutionen aufzugeben. Die Menschen hatten keine Ahnung von den Folgen des Abkommens auf ihr Leben, ihre Jobs und ihr Einkommen (85 Prozent des Einkommens im Norden werden von Serbiens Staatssektor bezahlt). Petar Miletić, der ethnisch-serbische Vizepräsident der Versammlung des Kosovo, kommentierte das im Dezember so: „Es ist unser Schicksal (als Kosovo-Serb_innen) nicht über unser Schicksal zu entscheiden.“

2. Die Legitimität des neuen Abkommens wird nicht durch einen transparenten, geschweige denn demokratischen Prozess getragen, sondern von ethnischer Loyalität und interethnischer Angst. Wie in anderen Fällen (in Bosniens Dayton-Abkommen oder in Kosovos Ahtisaari-Plan) wird der Akzent

auf einen Staatsbildungsprozess von oben nach unten (top down state building) gelegt. Staatliche Strukturen werden entlang der Konfliktlinien aufgebaut in der Hoffnung, dass nach einiger Zeit die Institutionen den Konflikt absorbieren werden. Aber der Fall Bosnien (und Mazedonien) zeigt, dass diese Strukturen Konflikte eher reproduzieren als lösen.

Es ist keine Überraschung, dass der Wahlprozess unter diesen Umständen sehr problematisch war. Aber es ist überraschend, dass die OSZE, die die Wahlen organisierte und überwachte, sie als „allgemein zufriedenstellend“ beschrieb. Marko Prelec, der jahrelang mit der International Crisis Group arbeitete, kam zu einer anderen Schlussfolgerung, indem er argumentierte, dass der Prozess der Wahlen - von der Registrierung der Parteien und Wähler_innen über die öffentliche Bekanntmachung und Aufklärung der Bürger_innen bis zur Wahlkampagne – mit so vielen Mängeln behaftet war, dass er ein grundlegend unfreies und unfaires Ergebnis hervorbrachte. Abgesehen von den ungenauen Wahllisten öffneten die Wahllokale mit Verspätung, die Sicherheit war mangelhaft und es gab weitverbreitete Einschüchterung und Stimmabgabe in Gruppen.

Das war nicht nur in der ersten Runde der Fall, sondern auch bei der Wahlwiederholung und in der zweiten Runde. Eine verlässliche westliche Quelle nimmt an, dass die Gewalt in der ersten Runde, die zur Aussetzung des Wahlprozesses führte, nicht von lokalen Unterstützer_innen eines Boykotts ausging, sondern von Leuten mit Instruktionen aus Belgrad, die Angst hatten, dass der Boykott erfolgreich wäre. Mit der Wiederholung der ersten Runde gewann Belgrad zwei Wochen um Druck auszuüben, v.a. auf die Menschen auf



Kosovo

seinen Gehaltslisten. Angeführt von ihren Direktor_innen gingen die Arbeiter_innen der Staatsunternehmen dann alle zusammen zu den Wahlen. In Nord-Mitrovica brauchte der Wahlprozess nicht weniger als vier Runden. Nach dem Rücktritt des gewählten Bürgermeisters, der Ermordung eines Kandidaten und der Arrestierung eines weiteren, waren die Wahlen schließlich am 23. Februar erfolgreich abgeschlossen. Bei einer Wahlbeteiligung von 20 Prozent wurde Belgrads Kandidat gewählt. In neun von zehn Gemeinden mit serbischer Mehrheit gewann die vom serbischen Staat unterstützte Serbische Bürger_innen-Initiative (Gradjanska inicijativa Srpska, GIS) klar. Nur in Štrpce/Shtërpçë ganz im Süden Kosovos konnte die Serbische Liberale Partei (Srpska Liberalna Stranka, SLS) ihre Position halten.

Was sind die vorhersehbaren Folgen der Wahlen? Wie wird die neue Gemeinschaft der serbischen Gemeinden die Beziehungen zwischen der serbischen Minderheit und der albanischen Mehrheit in Kosovo beeinflussen? Wie wird die Beziehung zwischen Pristina und Belgrad beeinflusst?

1. Mit seiner Einheitsliste erhält sich Belgrad viel Einfluss im Norden und vergrößerte seinen Einfluss in serbischen Gemeinden im Süden. Auf Gemeindeebene ist Belgrad nun der drittstärkste Spieler und kontrolliert neun Gemeinden. Zum Vergleich: die Demokratische Partei Kosovos (Partia Demokratike e Kosovës, PDK), Thaçi's Partei, kontrolliert zehn Gemeinden, die Demokratische Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës, LDK), die größte Oppositionspartei, regiert ebenfalls in neun Gemeinden.

2. Pristinas Investment in die SLS hat sich nicht ausgezahlt. „Thaçi's Serb_innen“, wie die Partei genannt wird, sind marginalisiert.

Gegen Belgrads Angebot verstärkter Beziehungen mit dem Mutterland hatte die SLS wenig Chancen. Das deutet darauf hin, dass auch im Süden die Integration der serbischen Bevölkerung in die staatlichen Strukturen Kosovos in 14 Jahren nicht sehr erfolgreich war.

3. Die Etablierung der ZSO steht nun unmittelbar bevor. Es gibt viele offene Fragen, wie das genau passieren wird. Pristina und Belgrad haben verschiedene Meinungen über die Kompetenzen, die diese neue Körperschaft haben sollte. Leon Malazogu, ein führender Analyst aus Pristina, sagt voraus, dass die ZSO neue Befugnisse von der Staats- und Gemeindeebene an sich ziehen wird. Sie könnte dann eine Art ethnische Entität innerhalb Kosovos werden. Vergleiche mit der Republika Srpska in Bosnien sind übertrieben. Die ZSO wird kein Vetorecht zur Blockade von Entscheidungen auf der zentralen Ebene haben. Sie wird eher ihr eigenes separates Leben abseits von Pristina und der Mehrheitsbevölkerung leben. Aber die tatsächliche Trennung und ethnische Distanz zwischen Albaner_innen und Serb_innen könnte eher wachsen als kleiner zu werden.

4. Das könnte das Funktionieren des Staates als ganzem gefährden. Ethnische Distanz kann leicht in ein Gefühl der Bedrohung umgedreht werden. Pristina hat seit Jahren das Thema Nord-Kosovo für ethnische Mobilisierung und zur Legitimierung einer Regierung „benützt“, die ansonsten ihren Bürger_innen nicht viel zu bieten hatte.

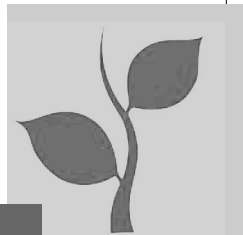
Nach Erreichen des Hauptziels, nämlich Verhandlungen mit der EU zu beginnen, und nach einer Einigung auf nur sehr vage Begriffe ist es wahrscheinlich, dass der Verhandlungsprozess zwischen Pristina und Belgrad sich jetzt verlangsamt. Ein erster Hinweis darauf kam in den letzten Runden, als Thaçi und Dačić sich nicht über die

Integration der serbischen Rechtsprechung in das kosovarische System einigen konnten.

Schlussfolgerungen

Lassen Sie mich mit zwei weiteren allgemeinen Bemerkungen abschließen. Westliches Konfliktmanagement im Fall Nord-Kosovo ist Teil einer langen Tradition. Im Umgang mit dem Balkan werden lokale Kontrahent_innen normaler Weise nicht besonders ernst genommen, noch werden ihre Narrative des Konflikts oder ihre Lösungsvorschläge als sehr wichtig erachtet. Deshalb wird der Kosovo-Konflikt bis heute vor allem als Menschenrechtsproblem und eine Frage des Minderheitenschutzes betrachtet, und nicht – wie es die meisten Albaner_innen und Serb_innen sehen – als territorialer Konflikt. Eine weitere Folge dieses Ansatzes ist, dass politische Planung und Ausführung, meist als eine Art von Staatsbildung, über wirkliche Verhandlungen und einen Friedensprozess dominieren. Im Fall Kosovo wird der EU-Beitrittsprozess direkt mit der Lösung des territorialen Konflikts verknüpft. Natürlich macht es Sinn, den Friedens- und den EU-Beitrittsprozess in Verbindung zu bringen. Aber sie haben unterschiedliche Dynamiken. Es ist eine Illusion zu glauben, dass der EU-Beitrittsprozess automatisch zu langfristiger Versöhnung und Frieden zwischen Albaner_innen und Serb_innen führt. Aber nur dies wäre die wirkliche Normalisierung, die wir suchen.

Andreas Ernst ist Historiker und Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung in Belgrad. Dieser Beitrag erschien ursprünglich als „The April Agreement – A Step towards Normalization between Belgrade and Pristina?“ in *Contemporary Southeastern Europe 2014*, 1(1), 122-126, einem interdisziplinären Online Journal der Uni Graz (www.contemporarysee.org) im Frühjahr 2014; Übers.: Pete Hämmerle



PALÄSTINA

Warum wir international Anerkennung für den Staat Palästina brauchen

von Dr. Mustafa Barghouti

Nach zwei Dekaden von Scheinverhandlungen ist es der beste Weg Druck auf Israel auszuüben um die Besatzung zu beenden.

Der kürzlich von Schweden getroffenen, verantwortungsvollen Entscheidung, den Staat Palästina offiziell anzuerkennen, folgte eine Abstimmung im Britischen Parlament, die eine ähnliche Anerkennung brachte. Das schwedische und das britische Vorgehen, offensichtlich begründet in einem Wunsch nach Frieden, sind ein allerletzter Versuch die Zwei-Staaten-Lösung im Israel-Palästina-Konflikt zu retten. Diese Entwicklungen reflektieren die Veränderung in der öffentlichen Meinung in Europa hin zu einem freien Palästina. Die schwedische und die britische Anerkennung, die neuen moralischen Druck auf Israel ausüben die Besatzung zu beenden, schufen mehr Raum um die große Bandbreite an unerfüllten palästinensischen Rechten zum Ausdruck zu bringen.

Eines der eigenartigsten Argumente, die Israel gegen eine Anerkennung Palästinas durch andere Länder vorbringt, ist die Behauptung, dass solche Entscheidungen unilaterale Handlungen sind, welche die Möglichkeit für Frieden blockieren, und dass ein palästinensischer Staat nur durch Verhandlungen etabliert werden kann. Diese Behauptung macht alles noch schlimmer, da diejenigen, die dies behaupten, ob sie nun Israelis oder Amerikaner_innen sind, sich der folgenden drei Fakten durchaus bewusst sind.

Das erste Faktum ist, dass Ver-

handlungen zwischen den führenden Persönlichkeiten in Israel und Palästina vor langer Zeit eingestellt wurden. Premierminister Benjamin Netanyahu unterwanderte die Möglichkeit für fruchtbare Resultate dadurch, dass er seinen Verpflichtungen nicht nachkam und noch nie dagewesene Expansionen, sowohl in Intensität als auch in Größe, der illegalen israelischen Kolonien, die im ganzen besetzten palästinensischen Gebiet verteilt sind, einleitete. Verhandlungen werden nicht zum Erfolg führen, solange die Balance der Macht derartig zu Gunsten Israels ausfällt.

Zweitens kann gesagt werden, dass die unilateral handelnde Partei eindeutig Israel ist. Diese Partei ist es, die Siedlungen ausdehnt – im Vergleich zum Jahr davor war es 2013 eine 124-prozentige Steigerung. Israel macht mit dem Prozess der Annexion und der Judaisierung der besetzten Gebiete weiter und führte drei zerstörerische Kriege gegen den Gazastreifen in nur sechs Jahren; und beging dabei das, was alle Unterstützer_innen von Menschenrechten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nennen. Die israelische Regierung hat das Osloer Abkommen gebrochen, von dem sie nur jene Bruchstücke behalten hat, von denen sie selbst profitierte. Sie ist es, die das Land des zukünftigen palästinensischen Staates in Ghettos und Bantustans teilt und zerschneidet.

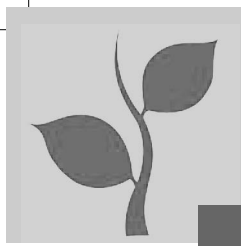
Drittens, unilaterale israelische Maßnahmen zerstören die allerletzte Möglichkeit für die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates und die Zwei-Staaten-Lösung. In Anbetracht des Verlaufs

der letzten Jahre ist jetzt klar, dass die israelische Regierung es nur darauf anlegt Zeit zu gewinnen – anders ausgedrückt, um genug Zeit zu haben die Möglichkeit für einen unabhängigen palästinensischen Staat zu zerstören und den Prozess der Annexion, den sie seit 1948 stetig vorantreibt, weiterzubetreiben.

Damit Israel das erreicht, muss Palästina still bleiben, muss von jeglicher Art des Widerstandes Abstand nehmen, ob gewaltfrei, diplomatisch oder politisch.

21 Jahre Oslo haben die nicht enden wollende Serie von Verhandlungen als die Farce, die sie nun einmal ist entlarvt, als Aufschiebetaktik um ein gemeinsam beschlossenes Ergebnis zu verhindern. Israel benutzte die Verhandlungen als Deckmantel für die Ausweitung der Siedlungen und um die interne palästinensische Spaltung zu vertiefen. Kurz gesagt wurde der Friedensprozess zu einer Alternative zum Frieden selbst – derselbe Friede, vor dem Israel solche Angst hat. Es geht sogar noch weiter, Verhandlungen wurden zu Israels bevorzugter Waffe jedes Mal dann, wenn Palästina versucht Initiative zu ergreifen um die Balance der Macht am Boden oder in der internationalen Arena auszugleichen.

Israels Handlungen zeigen, dass die Zwei-Staaten-Lösung abgelehnt wird. Daher ist es auch unakzeptabel, dass Repräsentant_innen bestimmter mächtiger Länder, die behaupten eine Zwei-Staaten-Lösung zu unterstützen – vor allem die USA – solche Ansätze bekräftigen, besonders nachdem Netanyahu mehrmals Außenmini-



PALÄSTINA

ster John Kerry und den Präsidenten Barack Obama beleidigt hat. Diese Widersprüchlichkeit wirft eine Kernfrage auf: Hat sich die Politik der USA in der Israel-Palästina-Frage vollkommen den Wünschen Israels untergeordnet?

Was wir heute als Palästinenser und Palästinenserinnen tun sollten, ist, den unilateralen israelischen „Fakten vor Ort“ mit palästinensischen Fakten gegenüberzutreten und die palästinensischen Rechte durch eine Fokussierung auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu stärken. Unsere „Fakten vor Ort“ – die Bildung einer Einheitsregierung und Anerkennung des Staates Palästina von Seiten der Vereinten Nationen, was ein diplomatisches Faktum eines international anerkannten Palästinas als ein legitimes und unabhängiges Land, ausgestattet mit allen Rechten die dieser Titel beinhaltet, bedeutet – sind Versuche die Möglichkeiten für Frieden und eine gerechte Lösung für beide Seiten, Palästinenser_innen und Israelis, zu konsolidieren. Unsere „Fakten vor Ort“ erhöht in Wahrheit die Möglichkeit für eine bessere Zukunft beider Völker.

Es ist wichtig, Freiheit und Unabhängigkeit der Palästinenser_innen eine lokale und internationale Realität werden zu lassen. Palästinenser_innen können das tun, indem sie allen UN-Institutionen und Verträgen beitreten, den Internationalen Strafgerichtshof mit eingeschlossen, und sich gewaltfrei allen Formen ethnischer Säuberung und der Ausweitung von Siedlungen widersetzen.

Eine wichtige Lektion bei der Konfrontation von Kolonialismus, die heute genauso wie in vergangenen Dekaden gültig ist lautet: „Freiheit kann nicht in Portionen verabreicht werden; man ist entweder frei oder unfrei – nicht halbfrei.“

Die Palästinenser_innen haben im Verlauf des letzten Jahrhunderts

nicht so viele Opfer gebracht und so schlimm gelitten, damit wir als erniedrigte Sklav_innen in Ghettos und Bantustans leben, kontrolliert von einem System der Apartheid und Rassendiskriminierung. Wir haben nicht so viele Opfer gebracht um als Untergebene in einem lähmenden und erniedrigenden System zu leben, mit dem man rund um die Uhr konfrontiert ist, bei jedem Checkpoint, jedem Eingang, jedem Ausgang.

Wir wollen wirkliche Freiheit, und wir wollen volle Freiheit. Darum werden wir uns nicht wieder von falschen Verhandlungen und falschen Lösungen täuschen lassen. Darum müssen wir die Initiative in unsere eigenen Hände nehmen. Darum müssen wir versuchen möglichst viel internationale Anerkennung zu erlangen. Darum müssen wir unsere eigenen Fakten vor Ort schaffen. Darum müssen wir uns um unsere Kinder kümmern, ihre Gesundheit, und ihre Bildung.

Was wir im Laufe der Jahre gelernt haben ist, dass wir üben müssen um die Fertigkeit der Selbstständigkeit zu verstehen. Nur dann werden wir Freiheit und Unabhängigkeit erlangen.

Mustafa Barghouti ist palästinensischer Politiker, Arzt und Bürgerrechtler. (Gedruckt mit Genehmigung des Autors. Übers.: L. Häm-

merle; Quelle: www.facebook.com)

Ich war begeistert zu hören, dass das schwedische und danach das britische Parlament dafür gestimmt haben, Palästina, oder besser gesagt den Staat Palästina, anzuerkennen. Ich denke, dies ist ein freudiger Tag für all jene Menschen, die Frieden und Freiheit lieben.

Nun können wir also damit rechnen, dass sich das israelische Militär zurückzieht, dass Checkpoints abgebaut werden und dass diese hässlich-graue und sehr teure Mauer endlich einstürzt. Bald wird die Shuhada-Straße in Hebron für Geschäfte geöffnet sein und die Siedler_innen werden die Häuser verlassen, die sie gestohlen haben, und dorthin zurückkehren, wo sie herkamen, wo auch immer das ist. Jetzt müssen Palästinenser_innen in den alten Städten Hebron, Jerusalem und Silwan nicht mehr aus Angst davor, von einem Mob bewaffneter jüdischer Siedler_innen mitgenommen zu werden, in ihren Häusern bleiben.

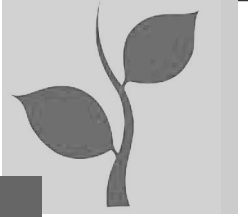
Ich kann die Gesichter von Müttern und Vätern von tausenden Gefangenen sehen, die nun endlich freigelassen werden. Kinder, die noch nie ihre Väter sahen, Ehefrauen, die für Jahrzehnte alleine waren, werden mit ihren Ehemännern wiedervereint. Bestimmt wird es ein



Eingang und Mauer beim Übergang in Bethlehem

Quelle: flickr.com (cc) Paolo Cuttitta (CC BY 2.0)





Schweden und England haben gesprochen

von Miko Peled

Fest in Ramallah geben, die Fahne Palästinas wird in Jaffa und in Haifa, in Akka und Jerusalem gehisst.

Wir können erwarten bald lange Schlangen von Menschen vor den Wahllokalen zu sehen um an den ersten wirklich demokratischen Wahlen in einem freien Staat Palästina teilzunehmen. Plakate palästinensischer Führungspersonlichkeiten und Kampagnen werden im ganzen Land zu sehen sein. Ganz klar, die Plakate mit den Gesichtern von Marwan Barghouti und Ahmad Saadat, die in naher Zukunft freigelassen werden, und auch andere, mit weniger bekannten Namen, werden überall hängen.

Palästinensische Väter, wie mein Freund Iyad Burnat, die jahrelang ihren kleinen Kindern nicht erklären konnten, warum es ihnen nicht erlaubt ist zum Strand zu gehen, und warum es ihnen nicht frei steht so wie ich einfach nach Jerusalem zu fahren und die heilige Al Aqsa-Moschee zu besichtigen, können das nun tun. Millionen von Palästinenser_innen können jetzt mit ihren Familien einen Tag in Jaffa oder Haifa genießen, Zeit am Strand und eine Nacht in einem lokalen Hotel verbringen. Dann, am nächsten Tag, steht es ihnen frei nach Jerusalem zu fahren um dort einzukaufen und zu beten und dann in ihre Dörfer im Westjordanland zurückzukehren. Jetzt, wo sowohl Großbritannien als auch Schweden den Staat Palästina anerkannt haben, können Palästinenserinnen und Palästinenser ja bestimmt als freie Menschen in Palästina herumfahren ohne dass sie dafür von irgendwem eine Erlaubnis bräuchten.

Es kann erwartet werden, dass umgehend ein Komitee einberufen wird um die Rückkehr palästinensi-

scher Flüchtlinge nach Palästina zu bewerkstelligen. Die Flüchtlingscamps werden aufgelöst werden, jene, die zurückkehren wollen, werden dies bald tun können und jene, die das nicht wollen, werden eine angemessene Kompensation für ihre Verluste und ihr Leid erhalten, ähnlich wie das jüdische Volk nach dem Holocaust. Das Komitee wird diskutieren, wie die Restititionen verteilt werden und wo die zurückkehrenden Flüchtlinge, deren Dörfer von der Landkarte gewischt wurden, untergebracht werden.

Jetzt, wo Schweden und Großbritannien gesprochen haben, wird der Gazastreifen in kürzester Zeit geöffnet werden und jene Kräfte, die ihn zerstörten, werden ihn nun wieder aufbauen. Bestimmt wird es Geld von der US-amerikanischen Auslandshilfe geben, und Geld, von Israel, und Geld von Großbritannien und Deutschland und allen, die Israel mit Geld und jenen Waffen versorgten, die gebraucht wurden um Unschuldige in Gaza zu töten. Dieses Geld wird jetzt dazu verwendet werden, Gaza wieder aufzubauen und Familien zu kompensieren, die ihre Hauptnährer verloren haben. Die Familien der Verwundeten werden beste medizinische Versorgung in modernen Einrichtungen erhalten, in Be'er Sheva, Ashkelon, Jerusalem und Tel Aviv. Der Staat wird für ihre medizinischen Ausgaben aufkommen und sich so lange um sie kümmern, wie sie es brauchen.

Bestimmt können nun auch Denk-

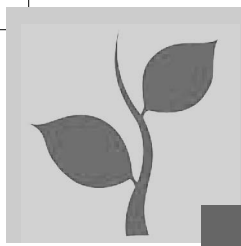
mäler gebaut werden um all jener Unschuldiger zu gedenken, die vom zionistischen Regime brutal ermordet wurden. Ein Denkmal für die mutigen jungen Palästinenser_innen, die in Gaza kämpften und starben, die ihr Leben gaben um ihr Volk zu befreien, wird errichtet werden und die Erinnerung an ihre Courage wird für immer in unser Gedächtnis eingegraben werden, und in die Geschichtsbücher des neu anerkannten Staates Palästina.

Bestimmt hatten die britischen und schwedischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier all das im Sinn, als sie ihr mutiges Votum abgaben.

Alles andere wäre ja Heuchelei. Alles andere als ein freier Staat Palästina im ganzen palästinensischen Gebiet wäre bloß eine leere Geste. Keine Parlamentsangehörigen, die sich selbst respektieren, würden für eine leere Geste stimmen, für ein Symbol ohne Aussagekraft oder Inhalt.

Ein Beschluss, der weniger ist als eine Anerkennung eines freien Staates Palästina im ganzen palästinensischen Gebiet, und verlangt, dass das ganze zionistische Regime entfernt wird, wäre nur wieder ein erneuter Versuch der Europäer_innen ihre Hände vom Problem rein zu waschen, das von ihnen geschaffen und unterstützt wurde. Es ist kaum zu glauben, dass sie einen solchen bedeutungslosen, feigen Beschluss fällen, der kein bisschen Unterschied für irgendjemanden macht.





DDR

Bestimmt haben sie sich, vor ihrer Zustimmung zu diesem Beschluss, gefragt, ob dieser die notwendige Erleichterung bringt, die Gaza dringend braucht, oder ob er es den Kindern in den Dörfern im Westjordanland einfacher macht zur Schule zu gehen? Wird er Auswirkungen auf die Zuteilung, oder die Nicht-Distribution, von Wasser an die Palästinenser_innen in den Hügeln von South Hebron haben? Wird das Dorf Nabi Saleh die gleichen Leistungen und gleich viel Wasser erhalten, wie die brutal gewalttätigen Siedler_innen, die in Halamish wohnen, einer Siedlung, die auf dem Land von Nabi Saleh erbaut wurde? Werden die Menschen in anderen palästinensischen Dörfern nun Zugang zu den Straßen und Autobahnen haben? Werden sie problemlos zur Arbeit, in die Schule und zu diversen Freizeitaktivitäten in ganz Palästina fahren können? Sie müssen sich doch gefragt haben, ob dieser Beschluss der Anerkennung des Staates Palästina den Palästinenser_innen von 1948 erlaubt frei zu leben und zu arbeiten, zu heiraten, wen auch immer sie wollen, ihre Häuser und Gemeinden als freie, unabhängige Menschen aufzubauen.

Trauriger Weise jedoch haben Schweden und Großbritannien den einfachen Ausweg gewählt. Anstatt einen tatsächlichen Schlag gegen das zionistische Regime in Jerusalem zu setzen, anstatt die Botschaft zu senden, dass Gewalt und Rassismus nicht toleriert werden, haben sie sich dafür entschieden eine leere Geste zu setzen, sie haben gekniffen und für nichts gestimmt. Wie eine weise Palästinenserin sagte: „Sie können ihren Beschluss behalten.“

Miko Peled ist israelischer Friedensaktivist und Autor des Buches "The General's Son". (Gedruckt mit Genehmigung des Autors. Übers.: L. Hämmerle; Q.: mikopeled.com)

Aufwachen aus dem Dämmer Schlaf!

Anmerkungen zu einer unerledigten Revolution

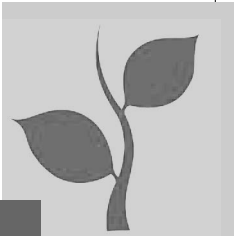
von Ruth Misselwitz

Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Kerzen und Gebeten.“ Dieser verwunderte Ausspruch eines führenden DDR-Funktionärs machte im Oktober 1989 die Runde. Am 7. Oktober wollte die DDR ihren 40. Geburtstag feiern. Im Lande aber brodelte es. Überall gab es Protestaktionen und Demonstrationen. In Berlin kam es vor der Gethsemanekirche zu Übergriffen auf die Demonstrant_innen. Andernorts sah es nicht anders aus. Die Armee stand in Alarmbereitschaft, die Kampftruppen und Bereitschaftspolizei wurden in Stellung gebracht. Dann kam der entscheidende 9. Oktober. In Leipzig befürchteten die Menschen, dass bei der Montagsdemonstration bewaffnete Truppen zum Einsatz kommen könnten. Da kam der Aufruf zur Gewaltlosigkeit aus den Kirchen wie auch von einer Gruppe um den Dirigenten Kurt Masur. Das Wunder geschah. Trotz Drohungen und großer Angst kamen 70.000 Menschen, und die Armee griff nicht ein. Die Revolution nahm ihren gewaltlosen Verlauf.

Als vor 25 Jahren diese Ereignisse uns überwältigten, bekam eine Geschichte aus dem Alten Testament eine besondere Bedeutung. Es war die Geschichte der Befreiung des Volkes Israel aus dem Sklavenhaus Ägypten. Sie gehört zu den wichtigsten theologischen Überlieferungen in der Bibel. In ihr offenbart sich Gott seinem Volk Israel als ein Gott, der aus Unterdrückung befreit. Der Gott Israels ist ein Gott der Befreiung – diese jüdische Theologie, aus der auch Jesus seinen Glauben schöpfte und der die Grundlage der christlichen Theologie bedeutet, ist bis heute aktuell.

Die Theologie der Befreiung, die in den 1970/80er-Jahren in Lateinamerika entstand und in der sich viele Priester mit den armen und unterdrückten Teilen des Volkes gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung verbündeten, bezog aus dieser Geschichte ihre Kraft und bot auch uns in der DDR immer wieder Grund zur Hoffnung. Doch der Weg aus Versklavung in die Freiheit ist ein ebenso gefährlicher wie unbequemer Weg. Das gelobte Land wird einem nicht einfach so in den Schoß gelegt, da gilt es eine Wüste zu durchwandern, die Gefährdung, aber auch Reinigung bedeutet.

Und wir - haben wir das gelobte Land mit der Friedlichen Revolution erreicht? War es das, was uns Gott versprochen hat? Sind wir nun endlich angekommen in der Demokratie und in der Freiheit? Wie sind wir froh und dankbar für den Fall der Mauer, für die Vereinigung eines demokratischen Europas und für den Frieden im westlichen Teil unseres Kontinents. Und wir sind unendlich dankbar, dass es zu keinem Blutvergießen kam. Das haben wir allen Akteur_innen, national und international, in Ost und West zu verdanken, die bereit waren, sich an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln, ohne mit Waffen zu drohen. Und wir haben das insbesondere dem damaligen Staatschef der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, zu verdanken, der von einem vereinten friedlichen Europa träumte, in dem auch Russland fest verankert ist. Für diese Vision musste er bitter bezahlen. Westeuropa hat ihm die gewaltlose Auflösung des osteuropäischen Militärbündnisses „Warschauer Pakt“ als Schwäche ausgelegt und daraufhin mit der Ausdehnung der



DDR

Nato bis dicht an die Grenzen Russlands geantwortet. Heute – 25 Jahre danach – ist durch den Konflikt in der Ukraine der Frieden in Europa wieder gefährlich ins Wanken geraten. Auch medial wird aufgerüstet und Öl ins Feuer gegossen. Wir erleben, wie zerbrechlich dieser Frieden ist, von dem wir geträumt haben.

Auf der anderen Seite werden aber auch wieder die friedentheologischen und friedenspolitischen Konzepte aktuell: das Konzept der Entfeindung (Bergpredigt) und das Konzept der gegenseitigen Sicherheit (Olof Palme). Nur die Bereitschaft, in dem feindlichen Gegenüber einen Menschen zu entdecken, der auch ein Recht auf Leben und Sicherheit hat, ermöglicht das Öffnen von verschlossenen Türen und den Beginn von Verhandlungen. Und das hat nichts mit Gutmenschenerei oder Blauäugigkeit zu tun - das gebietet einfach die Vernunft, um zu überleben in einer Welt, die voll von A-, B- und C-Waffen ist. Wir haben erlebt, dass dieses Konzept zum Erfolg führte, es ist kein Blut geflossen, das kann uns keiner mehr nehmen. Und so hat Deutschland in der Tat eine internationale Verantwortung, die auszubauen dringend nötig ist. Alles andere wäre verantwortungslos und geschichtsvergessen, insbesondere im hundertsten Jahr nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Als ich kurz nach der Friedlichen Revolution von einem westdeutschen Journalisten gefragt wurde, ob es denn nicht wunderbar wäre, endlich in der Freiheit angekommen zu sein, antwortete ich nach kurzem Zögern: „Frei war ich damals schon.“ Und ich meinte damit nicht die hochgeschätzte Reise-, Presse- oder Wahlfreiheit - ich meinte die innere Freiheit, die Gewissensfreiheit. Die Befreiung aus dem Slavenhause Ägypten beginnt mit dem Hinterfragen der



Symbolische Ballonaktion in Berlin zum 25. Jahrestag des Mauerfalls
Quelle: flickr.com (cc) Ramón Goeden (CC BY-SA 2.0)

ungerechten Verhältnisse und dem Zweifel an den Botschaften und der Rechtmäßigkeit seiner Vertreter_innen. Die Befreiung aus der Unterdrückung bekommt ihre Nahrung und Kraft aus den Visionen von einer friedlichen und gerechten Welt. Wir haben diese Visionen den prophetischen Texten der Bibel entnommen. Aus Micha 4, in dem alle Völker friedlich beieinander wohnen, Schwerter zu Pflugscharen umschmieden, niemand mehr das Kriegshandwerk lernt und jeder unter seinem Weinstock sitzt, ohne verjagt zu werden, wurde das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“, das die Mächtigen als staats- und friedensgefährdend verfolgten.

Der Weg in die Freiheit beginnt mit dem Aufwachen aus dem Dämmer-schlaf, dem Verweigern der verarbeiteten Beruhigungspillen, dem Durst nach Wissen und dem Hungern nach Gerechtigkeit. Der Drang nach Freiheit gibt sich nicht mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden und sucht nach Gemeinschaft, in der Orientierung und Halt zu finden ist. Wir haben diese Gemeinschaft unter dem Dach der Kirche gefunden.

Vor 25 Jahren gab es die Friedliche Revolution - haben wir nun das gelobte Land erreicht? Das gelobte Land ist eine Vision, die uns von Gott gegeben wurde, damit wir uns

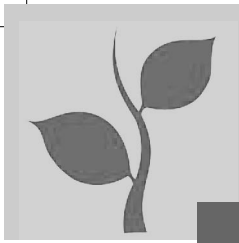
an ihr in der Realität orientieren und über sie hinausschauen können. Wer die Vision zur Realität erklärt, läuft Gefahr, einen Gottesstaat auszurufen, der sich auf autoritäre Strukturen gründet und keine Kritik dulden kann. Das ist in der Geschichte immer und immer wieder geschehen: Im „christlichen“ Abendland, in der kommunistischen Ideologie oder im islamischen Gottesstaat.

Die eigentliche Aufgabe ist die Wanderung durch die Wüste. „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“, so lesen wir im Hebräerbrief. Und auf dieser Wanderung gilt es, sich die Freiheit des Aufbruchs zu bewahren oder sie wieder zu erringen, sehend zu werden für das wunderbare Geschenk des Lebens und seine Gefährdung und stauend die Gegenwart Gottes auf diesem Wege wahrzunehmen.

Ruth Misselwitz ist Pastorin in Berlin - Pankow, hat 1981 den Pankower Friedenskreis mitbegründet und maßgeblich zur Friedlichen Revolution beigetragen.

Dieser Beitrag erschien ursprünglich im Publik Forum, Nummer 19/ Oktober 2014 Für die Druckerlaubnis danken wir der Autorin und dem Publik Forum

www.publik-forum.de



IS

Podiumsdiskussion zum „Islamischen Staat“

von Herbert Peherstorfer

Am 28.10.2014 veranstaltete die Evangelische Akademie Wien eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Was hat der Islamische Staat mit dem Islam zu tun?“ Unter der Moderation von Otmar Höll, ehemaliger Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), nahmen zunächst Gudrun Harrer und Tarafa Baghajati zum Themenkomplex Stellung.

Gudrun Harrer, Nahostexpertin und vor allem als Redakteurin des *Standard* bekannt, legte dar, dass die Konflikte in der arabischen Welt zunächst ungeahnte Folgewirkungen der westlichen Intervention, vor allem der US-Intervention 2003 im Irak, seien. Dem fälschlicherweise sich selbst so nennenden „Islamischen Staat“ (IS) gelang der Durchbruch durch die Wiederwahl des irakischen Präsidenten Maliki 2006, der eine systematische Diskriminierung, ja Verfolgung der Sunnit_innen nach sich zog. Für sie stellte der IS oft das „geringere Übel“ dar, doch der Irak ging damit „scheinbar“ für die arabische Welt verloren, wurde der Einfluss-Sphäre des Iran zugerechnet.

Tarafa Baghajati, in Syrien geboren



Moschee in Aleppo, Syrien

Quelle: flickr.com (cc) yeowatzup (CC BY 2.0)

und im rumänischen Timișoara zum Bauingenieur ausgebildet, war als Repräsentant muslimischer Österreicherinnen und Österreicher anwesend und arbeitet u. a. auch als Gefängnisseelsorger. Er ortet durch diese Begebenheiten eine zuvor nicht bekannte „Konfessionalisierung“ im Irak und daran anschließend auch in Syrien. Die Syrer_innen konnten ihr eigenes Problem nicht lösen, die von den Oppositionellen eroberten, sogenannten „befreiten Gebiete“ wurden bewusst vom Assad-Regime militanten Rebellen überlassen, um der Welt zu zeigen, dass alle Terrorist_innen seien. U.a. hat er 3.000 Alkaida-Kämpfer frei gelassen.

Der IS stellt im Vergleich zum Alkaida-Terror insofern eine neue Dimension dar, als er

1. ein Territorium für sich beansprucht und Eroberungen vornimmt
2. über zahlreiche finanzielle Quellen verfügt: zu den Beutezügen kommen geheime türkische, kuwaitische, syrische Quellen
3. sich trotz äußerst schwacher und fragwürdiger Theologie auf den Islam beruft.

In Syrien herrsche weder ein Religions-, ja nicht einmal ein Bürgerkrieg. Es geht um eine syrische Lösung, die mit einer Machtverminderung des Assad-Clans (nicht mit dessen völliger Ausschaltung) und Dialog einhergehen müsste.

Harrer betonte hinsichtlich des sogenannten „Kalifats“, dass es keine geschichtsfreie Religion gäbe und der IS damit zur islamischen Geschichte zu zählen sei, ebenso wie die Kreuzzüge, die Inquisition, die Wirren der Reformation bis hin zum Nordirlandkonflikt zum Chri-

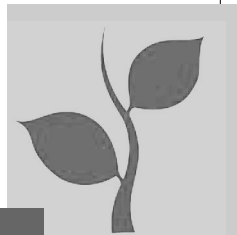
stentum. Immer kehren Versatzstücke wie Umwidmung der Gotteshäuser, Zerstörung von Scheinen, Bilderstürmerei und „Ketzervertreibung“ wieder.

Baghajati wies darauf hin, dass sich der Islam fragen muss, was schief gelaufen ist. Dabei ist vor allem auch Saudi Arabien gefragt, das etwa die Salafist_innen bis hin zur Al Nusra-Front, eine ebenfalls terroristische Vereinigung, förderte. Und schon dort waren z. B. viele Tschetschen_innen, aber auch radikale Tunesier_innen eingebunden. Die (friedliche) Opposition ist nicht dagegen aufgetreten, Al Nusra-Kämpfer_innen hingegen sind zum IS übergelaufen.

Harrer wies auf den interessanten Aspekt hin, dass die europäischen Sympathisant_innen des IS überwiegend aus Konvertit_innen zum Islam und nicht aus Immigrant_innen bestünden. Besonders gefährdet sind jene jungen Leute, die ohne Identität und mit mangelnder religiöser Bindung aufwachsen. Auch wenn sich viele europäische islamische Institutionen vom IS distanzieren, sieht sie darin eher eine Islamverteidigung als eine Empathie mit den davon betroffenen Opfern.

Baghajati schloss damit, dass die Spannung zwischen Sunnit_innen und Schiit_innen einen Höhepunkt erreicht habe. Es bräuchte innerislamische Zivilcourage, um diese Tendenz zurückzudrängen. Auf Rückfrage aus dem Publikum meinte er, dass er durchaus für gewaltfreie Lösungen sei, sofern sie innerstaatlich geschehen; durch ausländische Intervention sieht er dafür jedoch keine Chance.

Herbert Peherstorfer ist Friedensaktivist und ehemaliges Vorstandsmitglied des Versöhnungsbundes.



Über die Zerstörung kleinbäuerlichen Lebens durch den Bergbau

Interview mit Candice Carmargo - Teil II

70% der kolumbianischen Bevölkerung lebt bereits in Städten. Könnten der Bergbau und die agro-industriellen Projekte das Ende für die Kleinbauern und -bäuerinnen bedeuten?

Absolut, wenn sich die Dinge in diese Richtung weiterentwickeln. Entweder wird das Land nicht mehr vorhanden sein, weil es durch den Bergbau ohne Erde und steril wird. Kleinbauern brauchen fruchtbares Land und Zugang zu Wasser, aber durch den Bergbau wird das Wasser verschmutzt oder versickert. Es gibt auch viele Wasserkraftprojekte, viele Wasserressourcen werden für die Energiegewinnung aufgestaut. Kolumbien exportiert sogar Strom, so wie auch die Kohle für den Export bestimmt ist. Und es ist erschreckend, was die Freihandelsabkommen anrichten. Farmer_innen in den USA und der EU sind industrielle Farmer_innen, sie erhalten Subventionen und verfügen über die beste Technologie. Die kolumbianischen Bauern und Bäuerinnen können sich dagegen nicht behaupten. Der Markt wird nun mit billigeren Produkten aus den USA und der EU überschwemmt. 2013 musste Kolumbien Kaffee importieren, obwohl das Land einer der größten Kaffeeproduzenten ist! Kolumbien ist auch ein bedeutender Erdäpfelproduzent. Nun kommen Erdäpfel aus den Niederlanden und die kolumbianischen Bauern können nicht konkurrieren. Im Juli/August 2013 und im April 2014 gab es große Proteste der Kleinbauern und -bäuerinnen, die Neuverhandlungen zu den Freihandelsabkommen oder sogar deren Aussetzung forderten. Die Wirtschaft wächst, aber der Wertzuwachs erfolgt nicht in Kolumbien, sondern woanders. Die Wirtschaft ist ein reines Modell des Abbaus

und Exports von Primärressourcen, das keine Arbeitsplätze schafft. Dasselbe gilt für agroindustrielle Projekte wie Palmöl. Sie trocknen den Boden aus und machen ihn unfruchtbar, für 100 Hektar Land wird nur eine Arbeitskraft benötigt.

Falls die Friedensverhandlungen mit der FARC¹⁾ erfolgreich abgeschlossen werden, würde sich etwas für die Kleinbauern und -bäuerinnen verändern?

Auf die Friedensverhandlungen werden große Hoffnungen gesetzt. Es ist erfreulich, dass es ein formales Ende des bewaffneten internen Konfliktes geben könnte. Es gab sehr viele Menschenrechtsverletzungen und viele Möglichkeiten für die Regierung, unter dem Vorwand des internen Konflikts den Umgang mit den Kleinbauern und -bäuerinnen zu rechtfertigen. Theoretisch sollte das Ende des Konflikts eine Verbesserung der Situation der kleinbäuerlichen Bevölkerung bedeuten. Die praktische Seite ist fragwürdiger. Werden sich alle Mitglieder der FARC demobilisieren? Welche Jobs werden sie finden? Wie können sie in die Gesellschaft reintegriert werden? Das sind große Fragen. Wenn sich die Mitglieder der FARC nicht demobilisieren und sich im Drogengeschäft betätigen, oder wenn sie ihre Dienste als bewaffnete Akteur_innen dem Höchstbieter zur Verfügung stellen, könnte das sogar zu einer Situation führen, in der noch mehr Gewalt und nahezu ein Bandenkrieg herrscht. Das würde die kleinbäuerliche Bevölkerung in eine sehr prekäre Situation versetzen.

Theoretisch verhandelten die Regierung und die FARC eine Agrarreform. Aber was das in der Praxis bedeuten würde, ist wiederum sehr fragwürdig. In den Frie-

densverhandlungen gibt es keine formale Beteiligungsmöglichkeit für die Zivilbevölkerung. Obwohl die FARC aus der Bewegung der Kleinbauern und -bäuerinnen entstanden sind, sind sie nicht deren Stimme. Sie sind eine bewaffnete Gruppe und die große Mehrheit der Kleinbauern sind Zivilist_innen. Falls es tatsächlich eine Agrarreform geben wird – was fantastisch wäre – wäre es auch nötig, dass die kleinbäuerliche Bevölkerung hundertprozentig an deren Umsetzung beteiligt ist²⁾.

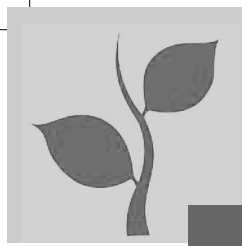
1) Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Revolucionäre Streitkräfte Kolumbiens

2) Die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und FARC begannen im August 2012, die Agenda umfasst fünf Punkte: Agrarreform, politische Beteiligung, Beendigung des Konflikts, illegaler Drogenanbau und Entschädigung der Opfer. Ein Teilabkommen zur Agrarreform liegt bereits vor, für eine grundlegende Agrarreform sind allerdings viele gesetzliche Reformen notwendig. Die Teilabkommen zu den einzelnen Punkten gelten erst, wenn alle Themen verhandelt sind.



Candice Camargo ist die Koordinatorin von FOR Peace Presence in Kolumbien

(Teil 1 des Interviews zum Nachlesen in Spinnrad 3/2014)



Mexiko: Chronik der Gewalt und des Widerstands mit einer Reflexion aus gewaltfreier Perspektive und einer Handlungsoption

In Mexiko gibt es seit 2006 mehr als hunderttausend Tote bei gewaltsamen Auseinandersetzungen und mehr als dreißigtausend „Verschwundene“. Zugleich ist es schon länger ein offenes Geheimnis, dass Polizist_innen und Politiker_innen mit dem organisierten Verbrechen kooperieren – doch die erneute eklatante Offensichtlichkeit, mit der dies Ende September im Gliedstaat Guerrero im Süden des Landes erfolgte, hat landesweite und internationale Empörung ausgelöst.

In Ayotzinapa, einem Ort unweit von Guerreros Hauptstadt Chilpancingo, gibt es eine Ausbildungsstätte für Volks- und Hauptschullehrer_innen. Am 25. September begibt sich eine Studentengruppe von dort in die über 100 Kilometer entfernte Provinzstadt Iguala, um Spenden für ihre Aktivitäten zu sammeln. Da der Bürgermeister befürchtet, die Student_innen könnten eine Veranstaltung seiner Frau stören, schickt er einen Polizeitrupp los, um sie abzufangen. Die Polizisten eröffnen das Feuer, wobei 6 Personen umkommen. 43 Student_innen werden abgeführt – und der Drogenbande Guerreros Unidos übergeben.

Am 4. Oktober finden die Ermittler_innen auf Grund eines Geständnisses zweier Berufskiller im Gebirge sechs Gruben mit 28 Leichen, die zerstückelt und verbrannt wurden. Gemäß dem Oberstaatsanwalt von Guerrero, Iñaki Blanco, sagten die beiden aus, der Chef der Ortspolizei habe den Befehl zum Angriff auf die Student_innen gegeben und einer der Anführer der «Guerreros Unidos» jenen zur Ermordung der Festgenommenen. Sie selbst hätten 17 Student_innen dorthin geführt und umgebracht. Unklar bleibt dabei, wer die übrigen

elf Toten sind und wo die übrigen 26 vermissten Student_innen sind. (Später stellt sich nach Untersuchungen argentinischer Gerichtsmediziner_innen heraus, dass dieses Geständnis falsch ist und keine_r der Student_innen in diesem Massengrab liegt.)

Sowohl der Polizeichef von Iguala, Francisco Salgado, als auch der Bürgermeister, José Luis Abarca, und seine Frau, die auch aufgrund familiärer Beziehungen in die Geschäfte von Guerreros Unidos in Iguala involviert sind, sind untergetaucht. Der Bürgermeister soll auch hinter der Erschießung dreier politischer Gegner im Mai 2013 stecken. Der Fall ist ein Indiz für den langjährigen, auch mittels Studien erhärteten Verdacht, dass es für weite Teile Mexikos an der Realität vorbeigeht, von einer Konfrontation zwischen organisierter Kriminalität auf der einen, politischen Behörden und Sicherheitskräften auf der anderen Seite zu sprechen. In Iguala sind es die Kartell-Capos, die den Amtsträger_innen Befehle erteilen. 30 Polizist_innen der Stadt mit 140 000 Einwohner_innen sollen im Sold der «Guerreros Unidos» stehen. Für einen großen Teil der Bevölkerung ist der Staat im Verbund mit den Kriminellen der Feind.

Eine seit Jahrzehnten fehlgeleitete Politik der Bekämpfung von Drogenhandel und -konsum, deren Haupteffekt die horrende Rentabilität des illegalen Geschäfts ist, das in einem prekären sozialen Umfeld keine Rekrutierungsprobleme kennt, bietet dafür den Boden. Der mit Gewalt verbundene Wettbewerb generiert Unsummen, die zur Korruption wenig gefestigter staatlicher Institutionen und zur Infiltration der legalen Wirtschaft dienen. Für eine grundlegende Verbesse-

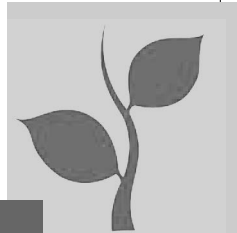
rung der Lage ist das fast ausschließliche Setzen auf Aufrüstung und militärische Repression viel zu einseitig.

Am 6. Oktober nimmt Mexikos Präsident, Enrique Peña Nieto, zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt vor knapp zwei Jahren Stellung zu einer einzelnen Gewalttat, was seiner Strategie des Totschweigens der gravierenden Sicherheitsprobleme zuwiderläuft. Die Ereignisse in Iguala seien schändlich, schmerzvoll und inakzeptabel. Er verspricht, die Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen – es würden die Täter_innen zur Rechenschaft gezogen und nicht die geringste Spur von Straflosigkeit geduldet. Die Bundesstaatsanwaltschaft habe die Untersuchung übernommen. Die Ortspolizei von Iguala sei entwaffnet und in eine Armeekaserne gebracht, die Nationalgendarmerie und das Militär jetzt für die Sicherheit in der Region verantwortlich.

Am 8. Oktober fordert eine große Demonstration in Mexiko-Stadt, zu der die von SERPAJ-/Versöhnungsbund-Mexiko mitgetragene „Bewegung für Frieden in Gerechtigkeit und Würde“, die „Kirchen für den Frieden“ und andere Menschenrechts-, Friedens- und studentische Organisationen mit dem Slogan „Ayotzinapa – alle auf die Straße: Gerechtigkeit!“ aufrufen, die Bestrafung aller Verantwortlichen und die Rückgabe der 43 Student_innen: „Lebend wollen wir sie wieder haben!“.

Am 9. Oktober teilt der Generalstaatsanwalt, Jesús Murillo Karam, mit, die Ermittler_innen seien zu weiteren Massengräbern nahe der Stadt Iguala geführt worden. Unklar ist, ob es sich bei den Toten tatsächlich um die verschleppten Student_innen handelt. (Später stellt sich heraus, dass dies nicht der





GEWALTFREIHEIT IN LATEINAMERIKA

Fall ist.) Es verstärken sich die Vorwürfe, dass sich sowohl Gouverneur und Oberstaatsanwalt von Guerrero als auch der Generalstaatsanwalt der Republik zumindest der Unterlassung schuldig gemacht haben, da sie durch Anzeigen von den jahrelangen Machenschaften in Iguala seit langem gewusst hätten.

Am 22. Oktober wird in den mexikanischen Medien ein Offener Brief der mexikanischen Diaspora und internationalen Zivilgesellschaft von 14.000 Unterzeichnenden aus mehr als 500 Universitäten in 85 Ländern veröffentlicht: u.a. werden die Beteiligung internationaler Expert_innen und Gerichtsmediziner_innen an der Aufklärung gefordert sowie Rücktritt bzw. Festnahme jener, die durch Tat oder Unterlassung mitverantwortlich für diese Verbrechen sind.

Vom 23.-26. Oktober beteiligen sich mehr als 350.000 Personen an einem nationalen Protestmarsch, der zur Schlusskundgebung auf dem Zócalo, dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt, führt, wo Elena Poniatowska, die 82-jährige „Grande Dame“ des mexikanischen Journalismus, ein Grundanliegen der „Bewegung für Frieden in Gerechtigkeit und Würde“ aufgreift, nämlich die „verschwundenen“ Opfer aus der Anonymität herauszuholen und ihnen ihr menschliches Gesicht wiederzugeben: Sie stellt jeden einzelnen der 43 Student_innen in Form eines Kurzporträts vor, von denen wir hier vier wiedergeben:

Christian Tomás Colón Garnica, 18 Jahre alt, aus Tlacolula de Matamoros, Oaxaca. Sobald die Verschleppung der 43 jungen Student_innen bekannt wurde, verließ sein Vater (auf der Suche nach seinem Sohn) den Heimatort: „Ich bin Tagelöhner und verdiene wöchentlich 600 Pesos – wenn überhaupt, denn manchmal gibt es keine Arbeit. Mein Bub wollte Lehrer wer-

den, das ist der Beruf, den er ausüben wollte, aber sie haben ihn gebremst, zurückgehalten ... Was sollen wir nun tun?“

Marcial Pablo Baranda, 20 Jahre alt, spricht eine indigene Sprache und will ein bilingualer Lehrer werden, damit er einmal so wie viele andere bilinguale Lehrer_innen in besonders armen Dörfern arbeiten kann. Er ist eher klein, immer gut gelaunt und seine Freunde nennen ihn ‚Magallón‘, weil seine Familie eine Band hat, die so heißt, und die ‚Musica Tropical‘ spielt und Lieder aus ihrer Heimat Costa Chica singt. Er singt oft Cumbias und spielt Schlagzeug und Trompete.

Abelardo Vásquez Peniten spielt gern Fußball. Er kommt aus Atlixca, Guerrero. Vor kurzem hat er bei einem Spiel viele Tore geschossen. Er ist bescheiden und alle respektieren ihn, weil er immer alle mit Respekt behandelt und nicht kritisierend herumläuft. Er spielt aber nicht nur gern Fußball, sondern er lernt auch sehr gern und schnappt sich ein Buch und noch eins und noch eins und noch eins!

Jesús Jovany Rodríguez Tlatempa, genannt ‚El Churro‘, 21 Jahre alt aus Tixtla. Er ist der älteste von vier Brüdern und ‚die einzige Stütze für seine Mutter‘, wie seine Cousine meint, die selbst stundenlang marschierte und dabei eine Tafel mit einem Bild von El Churro hochhielt. Jesús ist ein sehr anständiger junger Mann und kümmert sich wie ein Vater um eine einjährige Nichte, deren Mama Alleinerzieherin ist. Seine Cousine fordert mit Nachdruck, dass sein Aufenthaltsort bekannt gegeben werden soll.

Unterdessen beteiligen sich in vielen Hochschulen und Universitäten Mexikos Studentinnen und Studenten an einem „aktiven Streik“ – aus Protest und Widerstand. (Mehr zum **„aktiven Streik“** auf S. 18/iii)

Am 4. November fasst die mexikanische Bundespolizei in Mexiko-

Stadt den flüchtigen Bürgermeister von Iguala und dessen Frau. Von den Student_innen fehlt weiterhin jede Spur.

Am 7. November präsentiert der Generalstaatsanwalt wieder neue Zeugenaussagen dreier verhafteter Bandenmitglieder, welche gestanden, die jungen Leute in einem Lastwagen auf einen Müllplatz transportiert und dann exekutiert und verbrannt zu haben. Die Überreste hätten sie in Plastiksäcken in einen nahen Fluss geworfen. Dennoch lebt die Hoffnung der Angehörigen der 43 Student_innen weiter. Wie viele Mexikaner_innen misstrauen sie der Untersuchung und den Behörden. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich eine Spur als falsch herausstellt. Bisher gibt es keine eindeutigen Erkenntnisse, jedoch die Entdeckung eines Massengrabs nach dem anderen. Internationale Organisationen wie Amnesty bezeichnen die Untersuchungen als chaotisch.

Am 5., 8. und 20. November gehen in Mexiko-Stadt sowie auch in anderen Städten im Rahmen einer Acción Global por Ayotzinapa Zehntausende Personen erneut auf die Straße. Die Eltern der 43 Student_innen fordern dabei die Untersuchungsbehörden auf, die Suche nicht aufgrund der (ange-



Aktion am Karlsplatz in Wien.

<https://colectivoaccionsolidaria.wordpress.com/>

(c) Hayde Lopez



Warum ein „aktiver Streik“?

Pietro Ameglio, SERPAJ-México, 2. November 2014 (gekürzt und übersetzt von Thomas Reininger)

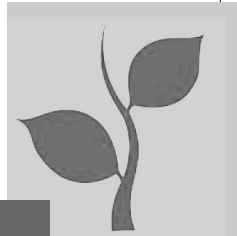
Der „aktive Streik“ ist ein Signal, dass Teile der mexikanischen Gesellschaft nicht ein weiteres Mal bereit sind, die moralische Grenze in Richtung einer „Normalisierung des Unmenschlichen“ verschieben zu lassen. Er ist auch die Frucht vergangener Widerstände und Aufschreie moralischer Empörung. Aber die Zivilgesellschaft hebt damit die Intensität des Kampfes auf die Stufe der Nicht-Kooperation an, ohne deshalb Protestmärsche aufzugeben oder Gespräche abubrechen. Es ist wichtig, dass die Empörung die Bewusstseinsbildung verstärkt – bis zur Einsicht, dass das Ausmaß an staatlicher Gewalt mit gewaltfreien Aktionen größerer Stärke konfrontiert werden muss, um die Mächtigen wirklich unter Druck zu setzen. Für die große Mehrheit der mexikanischen Gesellschaft ist durch die Ereignisse von Ayotzinapa nun offenbar, was schon vorher bekannt, aber schwer zu akzeptieren war: Die Falschheit des naiven Bildes des „Krieges gegen die Drogen(mafia)“. Vielmehr handelt es sich um einen Krieg (ein großes Geschäft) zwischen kapitalistischen Gruppen um das territoriale Monopol für die Droge als illegale Handelsware und eine große Menge damit zusammenhängende Delikte, mit Banden, die sich immer mehr dadurch charakterisieren, dass sie eine Verknüpfung zwischen organisierter Kriminalität, Unternehmenssektor und staatlichem Sektor (auf allen Ebenen, einschl. Polizei und militärische Streitkräfte) bilden. Der Staat hat seine Funktion zum Teil zugunsten des Delikts verändert. Er ist weit davon entfernt, ein „failed state“ (zerbrochener, machtloser Staat) zu sein, sodass es nun ein „Vakuum der Macht“ gäbe. Im Gegenteil, es gibt eine völlige Kontrolle und Überwachung im gesamten Staatsgebiet, damit diese Geschäfte nicht behindert werden.

In diesem Kontext bedeutet „Kooperieren“, die Gewalt des Staates gegen die Bevölkerung, insbesondere die junge, arme, bäuerlich-ländliche, indigene, organisierte, sozial und gemeinschaftlich engagierte, studierende, kritisch denkende, zu normalisieren. Daher bedeutet „Nicht-Kooperieren“, die Normalisierung der staatlichen Gewalt zu durchbrechen: es ist unmöglich so zu unterrichten, als ob nichts passieren würde. In diesem Sinn fordern die Studentinnen und Studenten das Wesentliche der Ausbildung, nämlich dass sie vom „Prinzip der Wirklichkeit“ der Lernenden und der Lehrenden, von ihren Körpern und vom Ort, an dem sie leben, auszugehen habe, und nicht von einem abstrakten Programm. Es ist somit die Forderung nach einer wirklichen Ausbildung, im Gegensatz zu einer bloßen „Verschulung“, die sich auf Prüfungsscheine-Sammeln, Programm-Absolvieren, usw. konzentriert. Wir alle, Lehrende, Eltern, Erwachsene sollten diesen Jugendlichen dankbar sein, die uns einladen, am Streik teilzunehmen und gemeinsam die Fragen anzugehen: Wie erhalten wir ein umfassendes Verständnis, was in Mexiko auf den verschiedenen Ebenen an Krieg und staatlicher Gewalt vor sich geht? Wie können wir diese Unmenschlichkeit, die uns alle betrifft, stoppen?

Diese Fragen stellen sich heute der ganzen Gesellschaft – und niemand sollte sich ihnen verschließen. Der „Aktive Streik“ zielt also darauf, akademische Aktivitäten vertieft fortzusetzen: doppelt so viel zu lernen, um zu verstehen, wie der Krieg und die staatliche Gewalt gestoppt werden können. Es ist wichtig, allen diesen Sinn der Aktion zu erklären und sie aufzurufen, mit lauter Stimme mitzudenken und mitzuhandeln. Denn Reflexion und Aktion ist eine Verantwortung von uns allen, weil wir ja schon gesehen haben, dass wir unseren Willen, die Gerechtigkeit und den Frieden nicht passiv an den Staat delegieren können. Es ist der Moment zu verstehen, dass die Macht vom Volk ausgeht. Die große moralische Reserve, die jetzt in Mexiko auf der Straße ist, muss sich zu einer „moralischen Waffe“ aufbauen, sie muss lernen, welche die besten gewaltfreien Strategien und Taktiken sind, um nicht auf die Provokationen des Gegners hereinzufallen, der uns zur Nachahmung und zu einer Spirale der Gewalt drängt. Hoffentlich beginnen auch immer mehr Führungspersönlichkeiten der moralischen Reserve mit größerer Entschlossenheit mitzuwirken, und zwar auch durch ihre physische Präsenz, ihren körperlichen Einsatz in den direkten gewaltfreien Aktionen der Solidarität mit den „verschwundenen“ Studentinnen und Studenten.

Die Fragen stellen sich daher auch so: Kann es irgendeine Hochschule geben, die nicht am „aktiven Streik“ oder an einem Reflexionstag über die gegenwärtige Situation der staatlichen Gewalt und der organisierten Kriminalität, der Armut und des neoliberalen Modells teilnimmt? Kann es irgendeine religiöse Feier geben, bei der die Frage, wie der Krieg gestoppt werden könne, nicht Mittelpunkt der Diskussion unter den Gläubigen ist? Kann es irgendeine kulturelle, künstlerische, soziale, politische Präsentation geben, die keinen Bezug zu diesen Themen herstellt?

Nicht-Kooperation mit der Normalisierung des Unmenschlichen heißt also: Nicht so handeln, als ob nichts passieren würde, genaue Kenntnis des Prozesses und der Wurzel dieses Krieges und der staatlichen Gewalt erlangen, und diese Gewalt gemeinsam stoppen.



GEWALTFREIHEIT IN LATEINAMERIKA

blichen) Geständnisse abzubrechen. Auch in Österreich, das seit der Übermittlung der angeblichen sterblichen Überreste der verschleppten Student_innen an das Gerichtsmedizinische Institut in Innsbruck in den Fall Ayotzinapa involviert ist, werden immer wieder Mahnwachen vor der mexikanischen Botschaft abgehalten (siehe: <https://colectivoaccionesolidaria.wordpress.com>).

Die Demonstrant_innen skandieren auch Rücktrittsparolen gegen Präsident Peña Nieto, der über einen Monat gewartet hat, bis er die Angehörigen der Opfer empfing – und bisher noch nicht nach Iguala gefahren ist, um mit Betroffenen zu reden, geschweige denn Reformen im Polizei- und Justizapparat angegangen ist. Einige Demonstrant_innen jedoch beginnen, das Regierungsgebäude zu beschädigen. Auch in Chilpancingo kommt es zu Vandalenakten beim Regierungsgebäude. Daneben gibt es auch Straßenschlachten mit Sicherheitskräften und Blockaden von Regionalflughäfen. Seit Jahrzehnten hat Mexiko nicht mehr derartige Proteste gesehen. Am Ende der Demonstration vom 20. November kommt es auf dem Zócalo zu Zusammenstößen zwischen einer Gruppe von Demonstrant_innen und der Polizei, die mit großer Härte, Gummischrot, Tränengas und Festnahmen vorgeht. Zuvor haben Demonstrant_innen die Zufahrtsstraße zum Flughafen blockiert, auch hier kommt es zu Festnahmen.

In willkürlicher Weise werden (auch) drei Frauen und acht Männer, mehrheitlich Studierende, festgenommen, die sich an den Protesten friedlich beteiligt oder lediglich in der Nähe aufgehalten haben. Sie werden in Isolationshaft gehalten, ihre Angehörigen nicht informiert, und das Recht auf Rechtsberatung und Kontakt mit einem persönlichen Anwalt wird ihnen verwei-

gert. In dieser Zeit werden sie gemäß vorliegenden Angaben auch geschlagen. Nach 12 Stunden werden sie dem Staatsanwalt vorgeführt, bloß mit einem staatlichen Pflichtverteidiger ausgestattet. Sie werden des kriminellen Verhaltens, Aufstandes und versuchten Mordes angeklagt. Kurz danach siedelt die Generalstaatsanwaltschaft diese Personen in Bundesgefängnisse für Schwerverbrecher um. Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen und Angehörige reichen offizielle Beschwerde wegen schwerer Verletzungen des Verfahrensgrundrechts ein. – Diese repressive Vorgangsweise und die rasche Anklage für Schwerverbrechen kontrastiert scharf mit der Behandlung der Frau des Bürgermeisters von Iguala, die nach wie vor ohne Anklage in Untersuchungshaft sitzt.

Am 22. November formuliert das Globale Netzwerk Ayotzinapa, getragen von den Initiatorinnen und Initiatoren des Offenen Briefs vom 22. Oktober, einen "Brief gegen die Unterdrückung und Kriminalisierung von Bürgerprotesten in Mexiko" an den Präsidenten, den Innenminister, den Generalstaatsanwalt, die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte und die Organisation Amerikanischer Staaten. Dieser Brief warnt vor den Risiken einer solchen Politik. Die Verwendung von staatlichen Einsatzkräften sei keine Lösung für die politischen Unruhen. Das Recht der freien politischen Meinungsäußerung der Bürger_innen werde verletzt – und daher sind die festgenommenen Demonstrant_innen politische Gefangene, die sofort freizulassen sind. **Alle Leserinnen und Leser sind eingeladen, diesen Brief auf der folgenden Homepage zu unterzeichnen:**

<https://ayotzinapasomostodos.files.wordpress.com> !

Am 26. November blockieren Angehörige der Student_innen und sie

unterstützende Gruppen für mehrere Stunden die wichtige Fernstraße zwischen Mexiko-Stadt und dem Badeort Acapulco im Gliedstaat Guerrero. Die Bundespolizei verlegt rund 800 Beamte und zwei Wasserwerfer nach Chilpancingo.

Am 27. November stellt Präsident Peña Nieto ein Maßnahmenpaket zur Sicherheitslage vor. Den Anfang soll eine Polizeireform bilden. Die 1800 Polizeieinheiten auf Gemeindeebene sollen aufgelöst und durch Sicherheitskräfte unter der Aufsicht der Gliedstaaten oder der Zentralregierung ersetzt werden. Der Kongress soll mittels einer Verfassungsänderung bevollmächtigt werden, Lokalregierungen abzusetzen, wo es ausreichende Indizien auf eine Kooperation mit dem organisierten Verbrechen gibt, und die öffentlichen Dienste dieser Gemeinden unter staatliche Kontrolle zu stellen. Daneben sieht der Plan Justizreformen vor (klarere Kompetenzregelungen, vereinheitlichte Mechanismen zur Anzeige von Verbrechen sowie zur Identifikation von Opfern und Vermissten). Das Reformpaket wird am 1. Dezember dem Parlament übergeben. Priorität wird den vier Gliedstaaten Guerrero, Michoacán, Tamaulipas und Jalisco eingeräumt, wo der Umbau der Polizei 2016 abgeschlossen sein soll. Da die Konflikte vielerorts auch ökonomische Wurzeln haben, sollen zudem wirtschaftliche Impulse – u.a. mit der Einrichtung von drei Sonderwirtschaftszonen – gesetzt werden, deren Fokus auf dem ärmlichen Süden des Landes liegt. Skepsis ist angebracht.

Quellen:

<https://ayotzinapasomostodos.files.wordpress.com>
<https://colectivoaccionesolidaria.wordpress.com>.
 MPJD – Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad: varias noticias. Neue Zürcher Zeitung: diverse Tage, Okt. & Nov. 2014.
 Pietro Ameglio: Mail, 2.11.2014.



DVR 0583031
Zulassungsnummer:
GZ 02Z032555M

P.b.b.
Internationaler Versöhnungsbund
Lederergasse 23/Hof2/St.3/Tür 27
A-1080 Wien

*„Wenn das Volk
eine andere Meinung als der Staat hat,
dann suche sich der Staat ein neues Volk.“*

Berthold Brecht

Spinnrad 

